

Sozialpolitischer Tag des
VdK-Kreisverbandes Heidelberg

am 8. November 2008

um 10 Uhr in Mühlhausen

Rede von Ulrike Mascher

Präsidentin des Sozialverbandes VdK

Deutschland

Es gilt das gesprochene Wort

Lieber Herr Hotz,

sehr geehrte Gäste aus Politik und Verwaltung,

*liebe ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des
VdK-Kreisverbandes Heidelberg,*

liebe Mitglieder,

Ich bedanke mich für die Einladung zum Sozialpolitischen Tag des VdK-Kreisverbandes Heidelberg, die ich sehr gerne angenommen habe und darf Ihnen die Grüße des Präsidiums des Sozialverbandes VdK Deutschland überbringen.

Wie Sie vielleicht wissen, taucht in meiner Vita auch die Stadt Heidelberg auf. Ich habe dort Ende der 50er Jahre studiert.

Ich hab zwar mein Herz nicht in Heidelberg verloren, aber dennoch sehr schöne Erinnerungen an meine Studienzeit in dieser schönen Stadt und der nicht minder schönen Umgebung.

Stolz kann ihre Region nicht nur auf 1899 Hoffenheim sein, dem Überflieger in der Fußball-Bundesliga, sondern auch auf den VdK-Kreisverband Heidelberg.

Mit ihren weit über 11.000 Mitgliedern in 64 Ortsverbänden sind Sie eine unübersehbare und unüberhörbare Institution in Heidelberg und Umgebung.

Ihr Kreisverband zählt zu den größten in Deutschland. Und dank Ihres großen Engagements wachsen sie weiter. Dazu kann man Ihnen nur gratulieren.

Einen Schwerpunkt unserer sozialpolitischen Arbeit bildet traditionell die Rentenpolitik.

Der VdK ist die Lobby der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland, und zwar nicht nur der jetzigen, sondern auch der **künftigen** Rentnergenerationen.

Wir haben den notwendigen Weitblick und machen uns auch Gedanken über die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Deshalb sagen wir auch laut und deutlich:

Alles, was man den heutigen Rentnerinnen und Rentnern wegnimmt, fehlt auch den Rentnern von morgen.

Wenn die Rentenschraube weiter nach unten gedreht, leiden nicht nur die heute über 65-Jährigen darunter, sondern genauso die nachfolgenden Jahrgänge, wenn diese einmal ins Rentenalter kommen.

Wir sind keine sturen Besitzstandswahrer, sondern wir kämpfen auch für die nachkommenden Generationen wenn wir sagen: „Hände weg von der Rente“!

Der VdK war es, der gemeinsam mit den Gewerkschaften 1957 die Einführung der dynamischen Rente durchsetzte. Die Koppelung der Rente an die Lohn- und Gehaltsentwicklung bei den Arbeitnehmern war Bahnbrechend für das gesamte Sozialrecht.

Im letzten Jahr fand in Berlin eine kleine Feier „50 Jahre dynamische Rente“ statt. Dass diese nicht besonders groß ausfiel, liegt daran, dass die dynamische Rente durch die Einführung von Kürzungsfaktoren wie Riesterfaktor und Nachhaltigkeitsfaktor ihren Namen eigentlich nicht mehr verdient.

Geplant war eine Dämpfung des Rentenanstiegs. Herausgekommen ist eine Vollbremsung, die die Rentner immer stärker vom wirtschaftlichen Aufschwung und von der Entwicklung der Löhne und Gehälter abgehängt hat.

Wenn jetzt nach insgesamt 1,64 Prozent Rentenerhöhung in 5 Jahren für 2009 eine Rentenerhöhung von 2,75 Prozent prognostiziert wird, dann ist dies ein längst überfälliges Signal an die Rentnerinnen und Rentner.

Und wenn dann der berühmt-berüchtigte Professor aus Freiburg namens Raffelhüschen diese in Aussicht gestellte Rentenerhöhung als „dummes Geschenk“ bezeichnet, dann rufen wir ihm zu:

Die Rentner lassen sich nicht länger von ihm und anderen seiner Zunft, wie z.B. Professor Sinn aus München für dumm verkaufen.

Die haben's offensichtlich immer noch nicht kapiert:

Rente ist kein Gnadentat des Staates, sondern Lohn für eine Lebensleistung.

Die 1957 von Konrad Adenauer eingeführte dynamische Rente sollte sicherstellen, dass die Rentnerinnen und Rentner nicht von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt werden. Deshalb sollten die Renten auch im Gleichschritt mit den Löhnen und Gehältern steigen.

Da Rentnerinnen und Rentner auch durch gestiegene Pflegeversicherungsbeiträge und die ab Januar steigenden Krankenkassenbeiträge belastet werden und von der Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages nicht profitieren können, fordert der VdK eine Rückkehr zur dynamischen Rentenanpassung.

Riesterfaktor und andere Renten kürzende Faktoren müssen deshalb künftig entfallen.

Wenn es den Arbeitnehmern schlecht geht, kann es den Rentnern nicht gut gehen.

Das verstehen auch die VdK-Mitglieder.

Wenn Löhne und Gehälter steigen, dann muss aber auch für die Rentnerinnen und Rentner eine vergleichbare Erhöhung herauspringen. Nicht mehr und nicht weniger.

Auch die „**Rente mit 67**“ ist für uns noch nicht gegessen.

Sie geht an der Lebenswirklichkeit vorbei.

Immer noch beschäftigen über die Hälfte aller Betriebe in Deutschland keinen einzigen über 50-Jährigen und rund 60 Prozent der 55- bis 64-Jährigen sind nicht mehr erwerbstätig.

„Rente mit 67“ wird für viele nur zu einer Verlängerung ihrer Arbeitslosigkeit führen oder bei Frühverrentung höhere Abschläge nach sich ziehen.

Rente mit 67 ist nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung für künftige Generationen.

Dadurch erhöht sich für viele das Risiko der Altersarmut.

Deshalb fordern wir, dass die Überprüfungs Klausel im Gesetz verschärft und konkretisiert wird.

Es muss sichergestellt werden, dass die Regelaltersgrenze tatsächlich nur dann angehoben wird, wenn sich die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer bis 2010 nachhaltig verbessert hat.

Dazu müssten mindestens 50 Prozent der über 55-Jährigen unbefristet, sozialversicherungspflichtig und mindestens 30 Stunden pro Woche beschäftigt sein.

Nicht erst seit der Diskussion um die „Rente mit 67“ richtet der VdK verstärkt sein Augenmerk auf die **Arbeitsmarktpolitik und die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer**. Bundesweite Aufmerksamkeit ernteten wir im Jahr 2003 mit unserer Kampagne „50+“. Großflächige Plakate mit den Motiven „Alter Hase oder altes Eisen?“ und „Wir müssen leider draußen bleiben“ hingen landauf, landab an exponierten Stellen.

Ziel der VdK-Plakataktion war es, deutlich zu machen, dass ältere Arbeitnehmer nicht weniger leistungsfähig sind als jüngere und durch ihren reichhaltigen Erfahrungsschatz ein Gewinn für jedes Unternehmen sind.

Der VdK hat diese Diskussion vor über 5 Jahren angestoßen und Politik und Wirtschaft zumindest zum Nachdenken gebracht.

Der VdK setzt sich auch mit Nachdruck für eine bessere Integration von **Menschen mit Behinderung** ins Arbeitsleben ein. Da gibt es durchaus Fortschritte.

Aber behinderte Arbeitnehmer unterliegen immer noch einem höheren Risiko arbeitslos zu sein oder zu werden als nicht behinderte.

Und solange immer noch fast 30 Prozent aller beschäftigungspflichtigen Betriebe keine Schwerbehinderten beschäftigen, wird der VdK auch nicht lockerlassen, diese Betriebe öffentlich zu ermahnen.

Dass Menschen mit Behinderung überaus leistungsfähige, zuverlässige und motivierte Mitarbeiter sind, sollte sich doch allmählich herumgesprochen haben.

Mit einer erneuten Plakataktion hat der VdK in diesem Jahr Akzente gesetzt. Unsere **bundesweite „Aktion gegen Armut“** fand großen Niederschlag in den Medien.

Uns ist es gelungen, die Bevölkerung, Politik und Medien wachzurütteln und deren Aufmerksamkeit zu schärfen für das Problem der wachsenden Armut in allen Altersgruppen in einem reichen Land wie Deutschland.

Wir haben im Rahmen der Kampagne auch einen konkreten Forderungskatalog erarbeitet. Hier nur ein paar wesentliche Punkte daraus:

Die gesetzliche Rente muss armutsfest gemacht werden, sie darf nicht weiter in Richtung Grundsicherungsniveau heruntergefahren werden.

Wir warnen die Bundesregierung auch davor, ihren Plan zu verwirklichen, die Rentenerhöhungen 2008 und 2009 in den darauf folgenden Jahren 2012 und 2013 wieder einzukassieren. Diesen Taschenspielertrick hätten die Rentner schnell durchschaut.

So dreist würde kein Unternehmen in der freien Wirtschaft agieren können: sich eine Lohnerhöhung vier Jahre später von den Mitarbeitern wieder zurückzahlen zu lassen.

Eine weitere zentrale Forderung, die wir seit 2007 erheben, lautet: Wiederbelebung der **„Rente nach Mindesteinkommen“**, bei der die Rentenversicherungsbeiträge von Geringverdienern auf 75 Prozent des Durchschnittsbetrags aufgestockt werden.

Diese Forderung wurde im April 2008 sehr öffentlichkeitswirksam von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers aufgegriffen.

Sein Sozialminister, der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann hat ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Das freut uns natürlich.

Auch der jetzige CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Seehofer, hat sich in seiner Eigenschaft als CSA-Vorsitzender für die Wiedereinführung der „Rente nach Mindesteinkommen“ ausgesprochen. Daran werden wir ihn sehr bald erinnern.

Da werden wir weiter am Ball bleiben.

Als Sofortmaßnahme für die Ärmsten der Armen fordern wir eine Anhebung der völlig unzureichenden Regelsätze bei Hartz IV. Diese betragen für allein stehende Erwachsene 351 Euro, für Kinder bis 14 Jahre 211 Euro.

Die derzeitigen Regelsätze basieren auf den Einkommens- und Verbraucherstichproben aus dem Jahr 2003.

Um die Preissteigerungen der letzten fünf Jahre halbwegs zu kompensieren, fordern wir die Anhebung der Hartz IV-Regelsätze auf mindestens 420 Euro bei Erwachsenen und auf 250 Euro bei Kindern unter 14 Jahren.

Es ist absurd, welche Ausgaben beim Hartz-IV-Regelsatz für Kinder pro Monat veranschlagt werden: 77,71 Euro für Nahrungsmittel und Getränke, das sind 2,59 Euro pro Tag. Für Kleidung sind 12,56 Euro pro Monat, für Schuhe 4,48 Euro vorgesehen.

Für Spielwaren und Hobbys sind 78 Cent, für Bücher 3,34 Euro, für Bildung (z.B. Nachhilfe) sind 0 Euro vorgesehen.

Mit den niedrigen Regelsätzen werden Kinder ausgegrenzt, isoliert, abgehängt, krank und haben kaum Bildungschancen.

Wir fordern daher die Politiker in Bund, Ländern und Kommunen auf, endlich ihren Streit über Zuständigkeiten zu beenden und zumindest ein **kostenloses Mittagessen** für Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen zu finanzieren.

Essen ist doch kein Luxus.

Natürlich begrüßen wir die vielfältigen Initiativen von Spendenorganisationen und Medien, Geld zu sammeln, um Kindern in Deutschland ein warmes Mittagessen zu finanzieren.

Aber bei genauer Betrachtung handelt es sich hierbei um eine **Bankrotterklärung des Sozialstaats**.

Dies erinnert ans tiefste Mittelalter, als hungernde Menschen in Deutschland auf Almosen und Spenden angewiesen waren.

Dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Land genügend zu essen und zu trinken haben, ist eine

ureigenste **Aufgabe des Staates**. So etwas kann und darf doch nicht am fehlenden Geld im Haushalt scheitern.

Ermutigend ist für den VdK, dass das Hessische Landessozialgericht in einem Ende Oktober ergangenen Urteil den Regelsatz für Kinder als zu niedrig und als Verstoß gegen die Menschenwürde bewertet. Damit muss sich jetzt das Bundesverfassungsgericht mit der Festlegung der Hartz-IV-Sätze befassen.

Die Menschen stellen sich die Frage, warum zur Sanierung der Banken innerhalb kürzester Zeit 500 Milliarden Euro mobilisiert werden können, für ein wirkungsvolles Programm zur Armutsbekämpfung aber nur die Ablehnung unter Hinweis auf die Haushaltssanierung erfolgt.

Allein mit der in Aussicht gestellten Finanzspritze für die Bayerische Landesbank in Höhe von 6,4 Milliarden Euro könnte man allen 2,5 Millionen armen Kindern in Deutschland fünf bis sechs Jahre lang ein kostenloses Schulessen finanzieren.

Sorge bereitet uns auch die **Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung:**

Die Bundesregierung hat ja beschlossen, den künftigen, ab 1. Januar geltenden Krankenversicherungsbeitrag auf 15,5 Prozent festzulegen.

Rentner werden durch einen steigenden Krankenkassenbeitrag überproportional belastet, da sie von der Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages von 3,3 auf 2,8 Prozent nicht profitieren könnten.

Hier findet keine Kompensation beziehungsweise Entlastung statt. Besonders hart betroffen sind die Betriebsrentner, die seit 2004 den vollen Krankenversicherungsbeitrag zu entrichten haben.

Einige Krankenkassen befürchten, bereits im kommenden Jahr einen Zusatzbeitrag einführen zu müssen, um Kosten deckend arbeiten zu können. Der jetzt von der Koalition auf 15,5 Prozent festgelegte Krankenkassenbeitrag ist sehr knapp kalkuliert angesichts der Kostensteigerungen, die drei Milliarden Euro für die Krankenhäuser, 2,7 Milliarden Euro für die Ärzte, 2,4 Milliarden Euro für Arzneimittel und 700 Millionen Euro für die elektronische Gesundheitskarte betragen.

Mit einem Zusatzbeitrag, den die Krankenkassen erheben können, wenn sie mit dem aus dem Gesundheitsfonds zugewiesenen Geld nicht auskommen, würden einseitig die Arbeitnehmer und Rentner belastet werden.

Die Arbeitgeber blieben außen vor.

Der Zusatzbeitrag würde mindestens acht Euro pro Monat für jeden bedeuten, worunter Geringverdiener und Rentner besonders zu leiden hätten, insbesondere wenn das Einkommen weniger als 800 Euro betrage, weil dann mehr als ein Prozent des Zusatzbeitrags fällig werden.

Der VdK fordert deshalb, bei Rentnern und Geringverdienern mit einem Einkommen bis zu 800 Euro ganz auf den Zusatzbeitrag zu verzichten.

Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass manche Krankenkassen als „Alternative zum Zusatzbeitrag“ ihre Leistungen einschränken oder restriktiver bei der Gewährung von Krankenkassenleistungen vorgehen würden, zum Beispiel bei der Bewilligung von Reha-Maßnahmen.

Um Patienten und Krankenkassen gleichermaßen zu entlasten, bekräftigen wir unsere Forderung nach Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf sieben Prozent.

Deutschland sollte hier endlich dem Beispiel der meisten anderen europäischen Länder folgen. Zuletzt hat auch Österreich die Mehrwertsteuer für Arzneimittel gesenkt.

In Deutschland könnte man mit der Absenkung zwei bis drei Milliarden Euro einsparen, mit denen sich der Beitragssatz um 0,2 bis 0,3 Prozent reduzieren ließe.

Der VdK hat bundesweit 2,3 Millionen Unterschriften gesammelt. Das hatte doch fast den Charakter einer Volksabstimmung. Ihnen allen, die durch Ihren großes ehrenamtliches Engagement zu dieser riesigen Unterschriftenzahl beigetragen haben, möchte ich herzlich für diese Arbeit danken und Ihnen gleichzeitig versichern: Wir geben in dieser Frage nicht nach. Wir lassen nicht locker und werden die Regierung in Berlin weiter nerven!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der VdK ist bestens gerüstet für die Zukunft. Gestärkt wird er seine so wichtige Aufgabe als Lobby und Interessenverband der sozial Schwächeren im Lande auch im siebten Jahrzehnt seines Bestehens verantwortungsvoll ausüben.

Die Seele unseres Verbands bilden die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Orts- und Kreisverbänden wertvolle Betreuungs- und Organisationsarbeit leisten. Es heißt ja oft, dass sich der Wert ehrenamtlicher Arbeit nicht beziffern lasse.

Dies ist falsch. Denn Wissenschaftler schätzen den Wert der ehrenamtlichen Arbeit in Deutschland auf über 40 Milliarden Euro pro Jahr. Ohne das Engagement ehrenamtlich aktiver Senioren wären viele Strukturen in unserem Gemeinwesen schon zusammengebrochen.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den VdK-Ortsverbänden leisten wertvollen Dienst am Nächsten: Durch Besuche bei Kranken oder Pflegebedürftigen schenken sie den Menschen das, wonach sich diese am meisten sehnen: Zeit, Aufmerksamkeit, Ansprache und Zuwendung.

Es sind auch hauptsächlich die ehrenamtlich tätigen Frauen im VdK, die bei ihrer Betreuungsarbeit vor Ort den persönlichen Kontakt zum Mitglied pflegen. Deshalb gilt ein besonderer Dank den Frauen im VdK, ohne die das ehrenamtliche Betreuungsnetz nicht aufrecht zu erhalten wäre.

Der VdK bietet vielen Bürgern in Heidelberg und den umliegenden Städten und Gemeinden, insbesondere kranken, alten und allein stehenden Menschen, eine Heimat und ein Stück Geborgenheit. Die Gründerväter und -mütter sprachen schon von der großen Gemeinschaft und

der großen VdK-Familie. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreisverbandes Heidelberg die die Erfolgsgeschichte des VdK erst möglich gemacht haben. Gemeinsam mit Ihnen möchte ich dafür kämpfen, dass Mitmenschlichkeit, Solidarität und Menschenwürde nicht auf der Strecke bleiben.

Alles Gute für die Zukunft!